

**Besprechung von:
Moses I. Finley, *Politics in the Ancient World*, Cambridge 1983**

Stiftungsvorlesungen haben unter anderem den guten Zweck, daß sie Gelehrte zu Synthesen veranlassen. Die Verteilung der Materie auf gleichlange Vortragszeiten <497> kann leicht einen Stich ins Kunstgewerbliche annehmen, aber sie drängt auch zur Kürze. Schließlich gehört es zum Charakter solcher Darstellungen, daß sie es dem Hörer und Leser nicht allzu schwer machen. Man kann in diesem Genre eine eigene Meisterschaft entwickeln. Daß Sir Moses das getan hat, beweisen seine inzwischen klassisch und grundlegend gewordenen Sather Lectures zur ‚Ancient Economy‘ (1973, in deutscher Übersetzung 1977). Während er dort auf einer längeren Tradition, nicht zuletzt auf Max Webers Kategorien und Einsichten aufbauen und zugleich die Summe von Forschungen ziehen konnte, welche viele Jahre lang im Zentrum seines Interesses gestanden hatten, hat er sich jetzt ein Thema vorgenommen, zu dem es zweifellos keine Forschungstradition gibt: Er weist im Vorwort darauf hin, daß er kein Buch darüber kenne und selbst nur wenig dazu veröffentlicht habe (VII). Seine Ausführungen bestätigen, daß dem so ist.

Unter ‚Politics‘ versteht er die „formellen und informellen Wege, auf denen Regierung (government) ausgeübt und Regierungsentscheidungen erreicht werden“, sowie die damit verbundenen Ideologien (VII). Ancient World meint die Welt der selbständigen Poleis und der römischen Republik, den ‚self-governing city-state‘ (II). Zu dieser Thematik gibt es in der Tat keine systematische Darstellung. Die politische Geschichte der Althistoriker ist vielmehr an Handlungen, Ereignissen und Abläufen sowie deren Subjekten interessiert. Sofern die Art der Parteiungen debattiert wird, werden zumeist prosopographische Daten hin- und hergewendet und einige allgemeine Argumente dazugetan oder dageengehalten. Keine Rede davon, daß grundsätzliche Überlegungen darüber angestellt würden, welches eigentlich die möglichen Konstituentien der Struktur einer Politik – oder auch nur einer Art politischer Gruppierungen – sind. Es bleibt also ganz offen, was man da zu wissen hat, um die Quellen entsprechend zu befragen und die uns bekannten Einzelheiten in eine Beziehung zu dem zu konzipierenden Ganzen zu setzen, in dessen Rahmen allein wir ausmachen können, was sie bedeuten.

Die Bereitschaft, überhaupt zu erkennen, daß die Struktur der Parteiungen und der Politik einer Epoche ein ernsthaftes Problem darstellt, ist denkbar gering (J. Bleicken / Ch. Meier / H. Strasburger, Matthias Gelzer und die römische Geschichte. Kallmünz 1977, 52 ff.; Ch. Meier, *Res Publica Amissa*. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1980. XXXII ff. Introduction à l’Anthropologie Politique de l’Antiquité Classique. Paris 1984, 45 ff.). Wohl gibt es für einzelne Epochen verschiedene wichtige Äußerungen dazu, etwa bei M. Gelzer, L. R. Taylor, bei P. Brunt und für

die griechische Geschichte bei W. R. Connor, aber gerade an ihnen ist zu bemerken, daß es an einer systematischen Theorie noch fehlt.

Daher ist es wahrscheinlich nützlich, daß Finley seinen Lesern nicht zuviel zumutet und seinerseits einige, zwar in vielem neue, ergebnisreiche, hochinteressante, auch provozierende, aber eher unsystematische Betrachtungen anstellt; daß er nicht den Versuch macht, das Thema auch nur im Wesentlichen zusammenfassend zu behandeln.

Er beginnt mit Aristoteles' berühmter Definition, wonach Demokratie und Oligarchie nicht so sehr quantitativ wie qualitativ, nämlich als Herrschaft der Armen respektive Reichen zu bestimmen sind. Das ist, wie er aus Newmans Kommentar zitiert, „an important truth“. Finley verallgemeinert sie zu der Feststellung: „The state is an arena for conflicting interests, conflicting classes“ (2), wobei der Klassenbegriff nicht sehr spezifisch sein soll. Gemeint sind etwa Aristoteles' Reiche und Arme (10). Daß und wie die antike Politik von solchen Klassengegensätzen bestimmt sein soll, wird in Kapitel 1 (State, Class and Power) dargelegt. Finley wendet sich gegen die in der modernen Historie zumeist implizierte ‚conception of the <498> state‘, die ‚Staat‘ und herrschende Klasse ungebührlich voneinander trenne. Aber a state „is what its government does“ (H. Lasky). Staat, ‚regierende Klasse‘ und die – mit der Regierung gegebene – Macht kämen mehr oder weniger zur Deckung. Daher gebe der antike *city-state* besonders zu denken, denn dessen Regimes konnten sich kaum auf eine Polizei stützen, in inneren Angelegenheiten auch nicht auf die Armee (18 ff.). Seine Bürger müssen also ihre Institutionen und politisch-gesellschaftlichen Systeme im Ganzen akzeptiert haben.

Wie aber konnten die Regierungsentscheidungen durchgesetzt werden? (24) Und vor allem: Wie war eine Herrschaft der reichen Minderheit über die arme Mehrheit überhaupt möglich – oder, was die Demokratie angeht, wie ertrugen es die Armen, daß die wichtigsten Positionen in der Hand der Reichen blieben? Die Antwort darauf bietet das 2. Kapitel (Authority and Patronage): „Hierarchische Werte“ (27) seien damals den Aufwachsenden in einem in der ganzen Breite jener ‚face-to-face-societies‘ je im Gang befindlichen Erziehungsprozeß tief eingepreßt worden. Die Angehörigen der Oberschicht hätten außerdem Rechtskenntnisse und Informationen vieler Art monopolisiert (so daß die Demokratie nur dadurch möglich gewesen sei, daß ein Teil dieser Oberschicht sich auf die Seite des *demos* stellte). Die Wohlhabenden hätten der breiten Masse auch viele Vorteile geboten. Schließlich und nicht zuletzt seien sie es gewesen, die für Kriegsumlagen, Liturgien etc. aufkamen. So brauchten die Armen keinerlei Steuern zu bezahlen (und es fiel damit ein Streitpunkt weg, der zu anderen Zeiten für viele Konflikte sorgte). Hinzukam vielfache private Patronage einzelner Herren, zumal in ihrer Nachbarschaft (39 ff). Finley fragt besonders nach den Grundlagen des Einflusses der griechischen Adligen. Sie waren weder ‚tribal chieftains‘ noch ‚feudal war lords‘, folglich müsse es wesentlich der Einsatz materieller Mittel gewesen sein, durch den sie andere von sich abhängig machten (45). Prestige, Ruhm, Charisma, politische Programme und anderes hätten nur zusätzliche Quellen von Macht sein können. Der Schwierigkeit, daß wir von Patronage der Reichen für Griechenland so gut wie nichts hören, begegnet Finley mit dem Argument, die Antike müsse einzigartig in der Weltgeschichte

gewesen sein, wenn sie keinen bewußten Gebrauch von diesem Mittel gemacht hätte. In der Demokratie hat man versucht, solche Einflüsse zu begrenzen.

Das 3. Kapitel, das ohne nähere Spezifikation den Titel des Buches trägt (Politics), hat keine ersichtliche Argumentationslinie, sondern reiht verschiedenste, zum Teil recht plausible Feststellungen aneinander: Daß es Politik erst seit den Griechen und Etruskern respektive Römern gibt (53), daß dies einen Druck zur Entwicklung immer neuer Institutionen mit sich brachte, daß antike Historiker zwar politische Geschichte schrieben, aber kaum Einblick geben in die Weisen, auf die Politik zustande kam (54 ff.), daß man sich ihre, noch dazu moralisierende Perspektive nicht zu eigen machen, auch bedenken solle, daß Politik nicht so lief, wie es in Mommsens Staatsrecht steht. Was dann positiv geboten wird, ist – neben überall eingestreuten spitzen, aber gewiß nicht unberechtigten Bemerkungen, wonach man sich die Politik nicht zu ideal vorstellen solle – ein Überblick über Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener antiker Ordnungen. Wichtig scheint mir der Hinweis zu sein, daß die einzigen uns näher bekannten antiken Gemeinwesen die Ausnahme darstellten: sie waren ‚conquest states‘. In der Regel verhielt sich vieles ganz anders als bei ihnen, ohne daß wir recht wüßten, wie. Die andernorts so häufigen *staseis* seien der Preis für die Einbeziehung der unteren Schichten in das Gemeinwesen gewesen. Eine kaum zu überschätzende Rolle spielte der Krieg in der antiken Politik (60). Sehr zu unterstreichen ist die Feststellung, daß man das Fehlen der Initiative des Volkes nicht zu hoch veranschlagen dürfe: da die Politiker auf dessen Unterstützung angewiesen gewesen seien, hätten sie für dessen Forderungen eintreten müssen (63). Das Kapitel schließt mit Bemerkungen über die Einheit ziviler und militärischer Führung in der Antike. <499>

Im 4. Kapitel arbeitet Finley die praktische Teilnahme der breiten Masse des Volkes an der Politik kräftig heraus. Seine Schilderung befaßt sich vor allem mit Athen. Interessant sind die Überlegungen darüber, wie die Entscheidung der Volksversammlung in den oft sehr diffizilen Fragen zustande kam: Die Politiker hätten Spezialisten für verschiedene Materien an ihrer Seite gehabt, auf sie habe man sich verlassen müssen. Finley betont die Spontaneität der Volksversammlung. Für Rom stellt er nach einer kurzen Schilderung zwar die Frage, wie es der Elite gelang, die Teilnahme des Volkes in Grenzen zu halten (89), führt dann aber nur aus, das Volk habe sich dort weniger in Abstimmungen als durch Demonstrationen, durch Druck von der Straße her geltend gemacht. Schließlich ist von den religiösen Obstruktionen die Rede.

Das 5. Kapitel (Political Issues and Conflict) dreht sich darum, daß für das Gros der Bürgerschaft die Politik Instrument zur Erreichung ihrer eigenen „nicht-politischen Zwecke“ gewesen sei. Finley hält das für völlig evident. Die Fragen z. B., die in Rom zwischen 201 und 167 verhandelt wurden, seien für das Gros der Bürgerschaft nicht gleichgültig gewesen. Folglich hätten die Kandidaten um Magistrate dazu Stellung zu nehmen respektive Programme vorzubringen gehabt. Wie wenig immer die Senatspolitik durch Magistratswahlen beeinflusst wurde: Die Wähler müßten doch das Gefühl gehabt haben, durch Unterstützung des einen oder anderen ihrem eigenen Interesse zu dienen. Was sollte es die kleinen Leute mit ihren vielen Sorgen und Nöten scheren, ob Plebeier Consuln werden konnten oder Beamte durch

das Los bestimmt wurden – wenn sie nicht meinten, dadurch wüchse die Chance, daß Entscheidungen in ihrem Sinne getroffen würden? Weit mehr Beteiligung des Volkes an der Politik also als heute gemeinhin angenommen wird! Folglich die Hoffnung, damit etwas für sich bewirken zu können! Es ging um Rechtssicherheit, Erleichterungen der Schulden, Landverteilung etc. Durch Kriege suchten Athen und Rom die materiellen Vorteile der Herrschaft über andere (während für die kleineren Gemeinwesen kaum mehr als Ruhm, Schutz der eigenen Stadt und persönliche Beute zu holen gewesen seien). In der späten römischen Republik sei dann von Politik kaum mehr die Rede gewesen, da Gewalt und militärischer Druck über die Abstimmungen entschieden hätten. Damals habe auch eine bestimmte Eigenheit der Antike ihre letzte Steigerung erreicht: Das ‚Alles-oder-Nichts-Streben‘ innerhalb der Elite, wonach man seinen Rivalen beseitigen, töten oder verjagen – und nicht nur seine politische Position zerstören wollte. Auch das sei auf die Teilnahme breiter Schichten an der Politik zurückzuführen (118 f.). Finley findet, die Alten hätten es versäumt, die notwendigen konstitutionellen Vorkehrungen zu treffen, die das Entstehen von Parteien erlaubt hätten (119). Er fügt aber gleich hinzu, keine Verfassung hätte je einen Bürgerkrieg ausgeschlossen, so daß die geringe Widerstandsfähigkeit der römischen Gesellschaft angesichts des Zusammenbruchs ihrer Ordnung psychologisch erklärt werden müsse, nämlich als ein breiter und tiefer Wandel in den ‚attitudes‘. Die Römer hätten sich damals von ‚Staat und Politik‘ abgewandt, da diese keine Aussicht auf Beute mehr boten.

Schließlich führt das 6. Kapitel (Ideology) aus, die Griechen hätten die Polis nie in Frage gezogen, ferner habe sich das Problem der Legitimität der politischen Ordnung und der moralischen Verpflichtung zum Gehorsam in der Antike nicht gestellt. Selbst bei Verfassungsumsturz sei kein Anspruch auf Legitimität erhoben worden. Was immer über Gerechtigkeit und ‚wahre‘ Gleichheit vorgebracht wurde, war bloße Rhetorik (134). In Wirklichkeit sei *stasis* zugegebenermaßen ein bloßer Zusammenstoß von Interessen gewesen. Die Abhandlung mündet hier in die <500> Bemerkung, es habe in der Antike einen höchst eigenartigen „complex of beliefs and attitudes“ gegeben, „which have been a Leitmotiv of this book“.

Offensichtlich hat das Buch nicht gerade zum Thema, was es im Vorwort dafür ausgibt. Denn zur Frage, wie in den antiken Gemeinwesen Regierung ausgeübt wurde und wie Regierungsentscheidungen zustandekamen, bietet es zwar wichtige neue Einsichten, in denen sich viel praktischer Sinn zeigt, doch läßt es sehr vieles Wesentliche auch gänzlich unberührt.

So mutet es seltsam an, daß die einzige Epoche der antiken ‚city-states‘, für die es eine lange, wenngleich unzulängliche Diskussion über die Struktur der Politik gegeben hat, fast völlig ausgeblendet bleibt: Denn bis auf die Ausführungen über das Interesse des Volkes an der Politik zwischen 201 und 167 fehlt jeder Hinweis auf die Parteien, d. h. die Willensbildung der römischen Republik. Finleys Auskünfte über die römische Clientel spiegeln eher Ratlosigkeit als Kenntnis. Er spricht von dieser Institution eigenartigerweise mehr für Athen als für Rom. Gelzer wird nie zitiert, geschweige denn Münzer, die Popularen kommen nicht vor. Und warum wird die einzige Epoche, für die uns die Quellen einmal etwas genauer über die

Struktur der Politik orientieren, nämlich die späte Republik, nur kurz und unter anderen Gesichtspunkten behandelt?

Finley gibt einige Bemerkungen zum *senatus consultum ultimum* (3–6.130), erklärt, daß die typischen Bedingungen des ‚city-state‘ nicht mehr gegeben gewesen seien, um schließlich mit ein paar wenig einleuchtenden Sätzen auf den Untergang der Republik einzugehen. Ich vermag seine Meinung zur Abweichung der späten Republik vom allgemeinen Typ nicht zu teilen, und es ist mir unbegreiflich, wieso Finley etwa L. R. Taylors richtige Bemerkungen zum Einfluß des Militärs bei den damaligen Wahlen unbegreiflich findet (118). Doch mag das dahingestellt bleiben. Jedenfalls kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß die späte Republik so viele kostbare Anhaltspunkte für Eigenarten römischer Politik bieten kann, daß man sie als Zugang auch zur früheren Zeit unbedingt hätte nutzen sollen. Freilich würde sich dabei einiges ergeben, was vielleicht nicht unbedingt dem von Finley gezeichneten Bild widerspräche, aber zu erheblichen Modifikationen nötigte. Doch sei nicht geleugnet, daß Finleys Versuch, die Rolle des Volkes (was immer das sei) in der römischen Politik gegenüber den Adelsfaktionen höher zu veranschlagen, interessant und in der Tendenz gewiß berechtigt ist. Nur ergäbe sich damit das Problem des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Bereichen politischer Auseinandersetzungen und den in ihnen obwaltenden Kriterien auf neue Weise. Und dazu verliert er kein Wort.

Aber auch wenn man von den Parteiungen absehen will, müßte es zur einen, zur römischen Hälfte des Themas doch gehören, daß der Leser irgendetwas über die römische ‚Regierung‘, nämlich das Senatsregime, die Problematik einer Willensbildung im Senat und in dem so komplizierten Zusammenspiel der verschiedenen Organe der Republik erführe (vgl. für die Fragen, die sich da auf tun, nicht unbedingt für die Antworten: Gelzer, Kl. Schriften 3, 880; Ch. Meier in: Gedächtnisschrift für W. Kunkel. Frankfurt am Main 1984, 185 ff m. w. Lit. [**Nr. 15 im ersten Band**]).

Ebenso wird man in der Erwartung enttäuscht, etwas über die Eigenart der Politik in der attischen Demokratie zu erfahren, wo schon die Frage nach dem ‚government‘ so viele Schwierigkeiten mit sich bringt, da man nicht leicht sieht, wie damals die Politik zustandekam, zwischen Rat und Volksversammlung etwa, angesichts der theoretisch doch ernsthaft zu erwägenden Möglichkeit, daß man dort bald diesem, bald jenem folgte (statt des periodischen Wechsels zwischen Regierung und Opposition, wie in der Moderne, also potentiell ein Wechsel von Fall zu Fall eintreten mochte).

Wie also konnten dort, abgesehen von der *arche* des Perikles, nicht nur ‚Regierungsentscheidungen‘, sondern überhaupt eine Politik entstehen? Wie bildeten sich da Kontinuitäten im großen oder auch im kleinen? Welche Rolle spielte der Ostrakismos? Was vermochten Gruppenbildungen, für die die Institutionen kaum Raum zu lassen scheinen, für die Connor aber bestimmte Argumente beigebracht hat (The New Politicians of Fifth-Century Athens. 1971; Ch. Meier, Die <501> Entstehung des Politischen bei den Griechen. 1980, 247 ff. Neuerdings H.-J. Gehrke, Zwischen Freundschaft und Programm. Politische Parteiung im Athen des 5. Jh. v. Chr. In: HZ 239, 1984, 529 ff.)?

Finley betont an anderer Stelle, wie wichtig es sei, die richtigen Fragen zu stellen, „consciously and systematically“ (Ancient History. London 1985, 104), und stets hat er sich um ‚models‘ bemüht (ebd. 107). Das zeichnet gerade seine ‚Ancient Economy‘ aus und macht sie so fruchtbar. In der Tat ist es wichtig, daß wir eine systematische Behandlung, eine Theorie auch der antiken Politik bekommen. Nur liegt sie hier leider nicht vor.

Allein, man soll ein Buch nicht nur an dem messen, was es zu leisten zwar vorgibt, aber nicht unternimmt. Entscheidend bleibt zu seiner Beurteilung die Frage, auf die es antwortet. Sie ist hier eher speziell und zielt – innerhalb von Finleys allgemeinem Bemühen um die Eigenart der Antike – darauf, wie in diesen Gemeinwesen die Überlegenheit, Herrschaft oder Führung des Adels respektive der Reichen gesichert und akzeptiert wurde, obwohl doch Bauern, Handwerker, zum Teil auch Tagelöhner voll berechnete Bürger mit starken eigenen Interessen waren. Das hat Finley vor allem beschäftigt, und darauf gibt dieses Buch seine im ganzen wichtigsten Antworten. Immer wieder – außer in dem eigenartig angehängt wirkenden Kapitel über Legitimität – geht er der Frage nach, wie die Dinge zwischen Reichen und Armen standen – und schreibt es den Fachgenossen ins Stammbuch, wenn sie die ideologischen Verbrämungen, die das verborgen haben sollen, nicht durchschauen. Freilich wirkt es sich auch innerhalb dieser Thematik ungünstig aus, daß ihm viele wesentliche Kategorien zum Begreifen der damaligen Politik fremd sind.

Auf dem Weg seiner Untersuchung werden ihm die Quellen fragwürdig. Nicht weil sie es aus quellenkritischen Gründen wären; denn sofern sie etwas besagen, was sie kaum wissen können oder was offensichtlich ideologisch ist, was ihm jedoch plausibel erscheint, hegt Finley ihnen gegenüber keinen Zweifel. (So etwa 42 zu Aristoteles; auch dessen Aussagen über die Macht der Armen in der Demokratie sind offenkundig mindestens stark von ideologischen Befürchtungen der Reichen eingegeben.) Nein, das eigentliche Mißtrauen Finleys gilt Aussagen, die die Macht und das politische Interesse des Volkes ‚unterschätzen‘ oder zuweilen gar nicht erwähnen (etwa Cicero und Livius). Und vor allem zieht er alles in Zweifel, was eher mit Konzepten und Theorien als mit „realities of ancient political behaviour“ zu tun hat (3). Aus dieser Art Realitätsbezogenheit verschmäht er es offensichtlich auch, die Begriffe als Erkenntnisquelle – und ein Stück Realität – einzuschätzen. Nur ‚attitudes‘ und ‚ideology‘ sind ihm wichtig. Doch kommt man damit auf ein weites Feld.

Daß ihm sachliche ‚probabilities‘ oft die besseren Argumente zu sein scheinen (50), verdient grundsätzlich Zustimmung. Denn die weit verbreitete Praxis, für die die schlechteste Quelle verlässlicher ist als das beste Argument, kann methodologisch kaum gerechtfertigt werden. Nur sollte man den Aussagewert der Quellen denn doch nicht zu gering schätzen. Man kommt sonst, trotz aller theoretischen Bewußtheit, leicht ins Beliebige. Und vor allem fragt es sich, ob man die Eigenart, die Besonderheit der Antike nicht umfassender ansetzen sollte, als Finley will. Zweimal bringt er, in fast gleichlautender Formulierung („would have been unique in history“) Axiome ins Spiel, die ihm universal zu sein scheinen: daß alle Gebrauch von den Möglichkeiten der Patronage machen (45) und daß Bürger niemals völlig das eigene Interesse vom allgemeinen trennen (100). Das freilich wird man kaum

bestreiten können (vgl. auch Aristoteles, *Politika* 1261 b34). Allein, „though <502> men be much governed by interests, yet even interests itself, and all human affairs, are entirely governed by opinion“ (D. Hume, *Essays, Moral, Political and Literary*, ed. T. H. Green / T. H. Gose, Bd. 1, 1875, 125. M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Bd. 1, 1920, 252). Diese ‚Meinungen‘ oder besser interessenbestimmenden Faktoren und Faktorenkomplexe scheinen mir in der Antike, bei Griechen und Römern je verschieden, in einer Weise spezifisch gewesen zu sein, daß man an sie mit Finleys Annahme von ubiquitären, je durch ‚attitudes‘ modifizierten materiellen Interessen nicht herankommt (vgl. u.). Andere Einwände sind gegen die Patronage, jedenfalls ihr behauptetes Ausmaß, noch vorzubringen. Insgesamt meine ich, daß man bei der Frage nach sachlichen Wahrscheinlichkeiten die antiken Besonderheiten im Rahmen einer allgemeinen historischen Theorie sehr viel genauer zu berücksichtigen suchen muß.

Meine Kritik an Finleys Auffassung von der Rolle der Klassen in der Politik möchte ich an seinem eigenen Beispiel demonstrieren, dem *senatus consultum ultimum* [= *scu*] (3 ff.). Finley sieht darin ein Mittel im Kampf der Reichen gegen die Armen: Der Senat maßte sich unter dem Vorwand, die Republik sei in Gefahr, die Vollmacht an, fundamentale Bürgerrechte außer Kraft zu setzen. Auch wenn er meinte, im allgemeinen Interesse zu handeln, so ging es doch in Wirklichkeit darum, daß er seine eigenen, parteilichen Interessen verfocht, und zwar mindestens in mehreren Fällen gegen Anträge, die den Armen auf Kosten der Reichen zugute kommen sollten.

Es mag beiseite bleiben, daß weder bei C. Gracchus noch bei Saturninus die Anträge zugunsten armer Leute auf Kosten der Reichen unter den Bürgern – sondern höchstens auf die des *aerarium* – gehen sollten; daß zu unmittelbaren Befürchtungen für die eigenen Vermögen bestenfalls 63 Anlaß bestand (um die komplizierten Fälle seit 49 beiseite zu lassen). Denn immerhin pflegte sich bei jenen Senatsbeschlüssen eine Koalition zwischen Senatoren und Rittern zu bilden, welche zusammen ihre überlegene Macht und ihre Entschlossenheit, Gefährdungen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung nicht zu dulden, demonstrierten (vgl. *Res Publica Amissa* 88. 145 ff. und i. E. 66. 81 f. 270 f. 314). Auch die Überschätzung der Gefahren, die bei Gelegenheit dieser Beschlüsse zu beobachten ist, ließe sich als Ausdruck besonderer Nervosität der besitzenden Schichten in Zeiten politischer Unruhe auffassen. Soweit vermag Finleys Charakterisierung also gewiß einen Tatbestand aufzudecken, der in der Regel eher verbrämt erscheint. Es gab – wie in Bezug auf die Rechtsprechung (6 f.) u. a. – eine starke Ungleichheit zwischen Reichen und Armen, und hier wurde sie verteidigt. Dabei sprach mit, daß damals politische und gesellschaftliche Ordnung in besonders geringem Maße voneinander getrennt zu denken waren.

Nur, wieweit handelten ‚die Reichen‘ um ihres Reichtums willen solidarisch? Denn zur Geschlossenheit zwischen Senatoren und Rittern bei Gelegenheit des *scu* trugen mindestens 121, aber vermutlich auch 100, das heißt in den beiden klassischen Fällen, Konzessionen der Senatoren an die Ritter bei (*Res Publica Amissa* 76. 81 f.). Und es spricht nichts dafür, daß die Senatsmehrheit damals auf Grund einer Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Lage gehandelt hätte. Jedenfalls hatte sie

politische Gründe dafür. So richtig es nämlich ist, daß die großen Volkstribunen keine Tyrannis anstrebten, so wenig darf man mit Finley übersehen, daß sie gleichwohl die Führungsstruktur der Republik gefährdeten, zu der es nach alter Einsicht gehört haben muß, daß der Senat stets die Möglichkeit behielt, die letzte Entscheidung zu treffen. Ihr Erfolg hätte ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. Stets, soweit wir sehen, hatte die senatorische ‚Verfassungspolitik‘ darauf gezielt, das zu vermeiden, gegebenenfalls mit sachlichen Zugeständnissen (vgl. Ch. Meier in: MH 32, 1975, 197 ff. [Nr. 12 im ersten Band]).

Freilich kann – und sollte – man auch darin ein Klasseninteresse sehen, wenn auch das einer ‚*classe politica*‘. Und wenn es richtig ist, daß sie sich mit dem Gemeinwesen identifizierte, sogar <503> außerordentlich stark, so ist es deswegen noch nicht falsch, daß sie eben damit die Republik verteidigte, und zwar nicht nur ihrem subjektivem Bewußtsein nach. Denn wie sollte die beim unausgeglichene Nebeneinander verschiedener höchster Entscheidungsgremien (und der Möglichkeit entschiedener Minderheiten, die Volksversammlung zu majorisieren) andernfalls funktionieren? Es ist nicht gleichgültig, daß damals keiner das Senatsregime grundsätzlich in Frage stellte, so sehr man sich über die Opportunität nicht des *scu*, aber doch der bei seiner Ausführung angewandten Mittel streiten mochte (vgl. Ch. Meier, Der Ernstfall im alten Rom. In: A. Peisl / A. Mohler, Der Ernstfall. Berlin 1979, 50 ff. [Nr. 14 im ersten Band]).

Nun könnte man von diesem Befund ausgehend Finleys Klassenthese dadurch zu retten suchen, daß man sie entsprechend modifiziert. Nur fragt sich, was man dabei gewinnt. Zweifellos einen besseren Einblick in die Interessenstruktur regierender ‚Klassen‘, kaum jedoch eine darüber hinausgehende bessere Kenntnis der antiken ‚*politics*‘. Warum war es denn notwendig – und möglich –, mit diesen „Akten schrecklichster Gouvernamentalität“ (um eine eigene Formulierung aufzunehmen, in: Cicero, ein Mensch seiner Zeit. Hrsg. G. Radke. Berlin 1968, 77 f. [Nr. 7 im ersten Band]) das Senatsregime zu stabilisieren? Lag dies nicht wesentlich auch daran, daß ein großer Teil der ‚Reichen‘, die *publicani* vor allem, streckenweise, nämlich 123/2 und 111–100, auf der Seite der Opposition gegen den Senat gekämpft und zu der Schwäche und den Niederlagen beigetragen hatte, die man mit Hilfe des *scu* zu überwinden suchte? Das bildete einen Teil der schwierigen Probleme, die in der neuen gesellschaftlichen Situation der späten Republik zu solchen Gegensätzen (und Versteifungen der senatorischen Politik) führten, daß die überkommene Ordnung überfordert wurde. Da war jede Lösung mit großem Machtgewinn dessen, der sich ihrer annahm, verbunden.

Daraus folgte, daß zwischen einigen Männern und Gruppen, die die überkommene Ordnung gar nicht bekämpften, aber die Durchsetzung sachlicher Programme für wichtiger hielten als die Befolgung alter Regeln, und der Senatsmehrheit immer wieder Kämpfe entbrannten, in denen der Senat eben zur Partei wurde. Es spielte sich dann so ein, daß er in Extremfällen anscheinend gern die ‚Verfassungsfrage‘ stellte (*qui rem publicam salvam esse volunt*, zur Aktion aufrief). Da fand sich dann die Schicht der Reichen zusammen (*uti quisque locupletissimus ... praesentia defendebat*, Sallust hist. 1, 12, um die genauen Motive dahingestellt sein zu lassen). Man statuierte ein Exempel, das über einige Jahre nachzuwirken pflegte. So

geschehen etwa 121, worauf dann seit 111 eine Reihe heftiger Kämpfe folgte, in denen sich die Ritter, die *plebs urbana*, C. Marius und einige vornehme Volkstribunen gegen den Senat zusammenfanden (Res Publica Amissa 135 ff.), bis das Spiel im Jahre 100 neuerdings auf die Spitze trieb und ein *scu* die Macht des Senats wieder etablierte. Ich würde vermuten, daß dem Senat an solchen Zuspitzungen verschiedentlich geradezu gelegen war, weil dabei eine ihm günstige Parteiung zustande kam, die nachwirkende Ergebnisse zeitigte. Denn in der Regel der Politik war er gegenüber energischen Volkstribunen und später den großen Einzelnen immer wieder unterlegen. Und unabhängig von den jeweils unmittelbaren Folgen gingen die *senatus consulta ultima* als Manifestationen letzter Überlegenheit des Senats (und der Ritter) in die Rahmenbedingungen der damaligen Politik ein.

Es stellten sich hier also Probleme der Machtlagerung und der mangelnden Ausgeglichenheit zwischen Verfassungsorganen, die damals zu größeren Störungen senatorischer Politik führten. Macht und Ohnmacht der *plebs* korrespondierten einander. *Nobilitas factione magis pollebat, plebis vis soluta atque dispersa in multitudine minus poterat* (Sallust, Jugurtha 40, 6): Das gilt in der Regel (Res Publica Amissa 107 ff. XVII. XIX). Aber es ergibt sich zugleich ein besonderes Verhältnis zwischen Regel- und Ausnahmeparteiungen; in der Regel eine weitgehende Vereinzelung der Interessen (ebd. 163 ff. 168 ff.) – und Gegensätze unter den Wohlhabenden, die sich in Finleys Klassenkampfthese verlieren! –, mangelnde Zusammenfaßbarkeit der Macht und als Ausnahmen einerseits große Forderungen, die gegen den <504> Senat durchgesetzt werden, andererseits immer wieder eine Aktualisierung der grundlegenden Interessenübereinstimmung innerhalb der Oberschicht zur Wahrung der überkommenen Ordnung; in irgendeinem Ausmaß mit Konzessionen bezahlt. Somit finden wir hier den Niederschlag einer besonderen Spielart der Gegenstandsabhängigkeit der Parteiungen, die für die Antike besonders kennzeichnend ist, eine Folge auch des römischen Verhältnisses zwischen Senat und Volksversammlung, zwischen Patronen und Klienten, zwischen Senat und Rittern unter den Umständen der späten römischen Republik (um von vielen Einzelheiten zu schweigen). Dies alles zusammen erst erklärt, warum es nötig erscheinen konnte und möglich war, das Senatsregime auf diese Weise zu stabilisieren.

Wenn man die Voraussetzungen und Grenzen des ‚Klassenhandelns‘ mit Hilfe des *scu* erklären will, kann dies also nur im Bewußtsein der relativen Autonomie von Politik geschehen, in der soziale Gegebenheiten sich nie direkt, sondern nur mit charakteristischen Gewinnen und Verlusten auswirken, in der sie also derart transferiert sehr eigene zugleich strukturelle und kontingente Verhältnisse miteinander bilden. Klassengegensätze sprechen mit, ihre Rolle läßt sich jedoch nur in ihrer Brechung ins Politische hinein, das heißt mit Hilfe politischer Kategorien wie der eben angeführten erschließen. Wenn Finley solche Kategorien kaum kennt und Fragen wie die genannten kaum stellt, so legt sich der Verdacht nahe, daß er in der Politik zu sehr eine Funktion der Gesellschaftsstruktur sieht, um ihr gerecht werden zu können. Das ist auch sonst in seinem Buch vielfältig spürbar, wenn an sich berechnete Klassengesichtspunkte ungebührlich im Vordergrund stehen.

Ein weiterer kritischer Punkt ist, scheint mir, Finleys Auffassung der Interessen der Mittel- und vor allem der Unterschichten. Er schreibt, für alle außer den

professionellen Politikern „politics are wholly instrumental: the objectives themselves are what matter in the end“ (97). Damit soll nicht mehr als der Gemeinplatz ausgedrückt werden, daß Wähler zwischen Personen und Themen nicht zu unterscheiden pflegen und daß für sie die Themen allemal wichtig genug sind, um ihre Teilnahme an der Politik zu rechtfertigen. 1976 hatte Finley geschrieben: „then as now, politics was a way of life for very few members of a community“. Den anderen ginge es nur um nicht-politische Zwecke (Talanta 7, 1976, 8). Auf diese These bezieht er sich an der zitierten Stelle ausdrücklich und weist meine Kritik daran „without any explicit examination of my grounds“ zurück.

An diesen Ausführungen ist zunächst merkwürdig, wie ausschließlich Finley die Interessen der Nicht-Politiker unter den Bürgern in sachlichen Themen sucht. Für die Römer waren doch z. B. Personalentscheidungen unabhängig von Sachthemen schon deswegen eminent wichtig, weil an der Beförderung der eigenen Patrone die Chance hing, die meisten der eigenen Interessen durchzusetzen. Dahin wirkte die Vereinzelung der Interessen, die Eigentümlichkeit des Bindungswesens, der Wahlverfassung und die Gegenstandsabhängigkeit der Parteiungen, besonders die mangelnde Kristallisation zwischen großen und kleinen Interessen und Gegensätzen (vgl. Res Publica Amissa 7 ff. 22. 89. 167. 189 f.). Die großen Auseinandersetzungen stehen doch nur in unseren Sekundärquellen im Vordergrund der Aufmerksamkeit; die Regel der Politik dagegen drehte sich eher um all die kleinen Dinge des Alltags und scheint fast beziehungslos daneben gelaufen zu sein. Nur wenn man diese Umstände sorgfältig wägt, kann man sehen, wieweit gemeinsame Interessen größerer Teile der Bürgerschaft an bestimmten Themen neben denen jedes Einzelnen die Politik – und etwa, gegen allen Anschein, den die Quellen vermitteln (ohne daß sie darin tendenziös erschienen), den Stil der Wahlwerbung – bestimmen konnten.

Sehr viel schwieriger aber ist Finleys Behauptung für Athen zu verstehen, wo jeweils Tausende – von ca. 40.000 Bürgern – ‚politics‘ in der Tat als way of life angesehen haben müssen, ohne professionelle Politiker zu sein. Oder soll, was wir darüber <505> hören und erschließen können und was Finley selbst darüber sagt (etwa 47 f.), nur Ideologie sein? Das würde dann aber die attische Demokratie zum Mysterium machen. Können nämlich die attischen Bürger in der Politik, wie immer sich ihnen Persönlichkeiten mit Programmen verbunden haben mögen, auch nur vorwiegend nicht-politische Zwecke im Auge gehabt haben?

Mindestens eines kann doch wohl nicht ‚then as now‘ der Fall gewesen sein: daß sie nämlich, wie das heute die Regel ist, mit ihren privaten Interessen, etwa als Arbeitnehmer, Mieter, Rentenaspiranten, Anhänger bestimmter Schulformen oder einer bestimmten Wirtschaftspolitik, in die Politik hineinkamen. All dies und Ähnliches stand ja gar nicht zur Debatte. Zwar konnte man in den Kriegen, um die es damals ging, Beute, vielleicht auch Grundbesitz gewinnen, und Reichtum und Glanz für die ganze Stadt. Doch zugleich standen Bündnisse und Gesandtschaften, politische Positionen der Stadt und einzelner Politiker, Flottenrüstung, Mauerbau, Finanzverwaltung, Opfer, auch die politische Ordnung oder Teile davon und vor allem viele taktische Fragen und tausend Einzelheiten zur Debatte.